Deutscher Bundestag **Drucksache 14/6275**

14. Wahlperiode 14. 06. 2001

Beschlussempfehlung und Bericht

des Verteidigungsausschusses (12. Ausschuss)

zu dem Antrag der Abgeordneten Hildebrecht Braun (Augsburg), Günther Friedrich Nolting, Jörg van Essen, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der F.D.P.
– Drucksache 14/1870 –

Bekämpfung jeder Art von Diskriminierung in der Bundeswehr

A. Problem

Ziel des Antrages ist es, dass die Bundesregierung sicherstellt, dass im Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung Soldatinnen und Soldaten nicht wegen ihrer sexuellen Orientierung diskriminiert werden.

B. Lösung

Ablehnung des Antrages, da die jetzige Bundesregierung entsprechend reagiert hat und insoweit der Antrag überholt ist.

Der Antrag wurde mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS90/ DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, F.D.P. und PDS abgelehnt

C. Alternativen

Keine

D. Kosten

Keine

Beschlussempfehlung

Der Deutsche Bundestag wolle beschließen,

den Antrag auf Drucksache 14/1870 abzulehnen.

Berlin, den 30. Mai 2001

Der Verteidigungsausschuss

Helmut Wieczorek (Duisburg)	**Peter Zumkley**	**Werner Siemann**
Vorsitzender	Berichterstatter	Berichterstatter

Bericht der Abgeordneten Peter Zumkley und Werner Siemann

I. Überweisung

Der Antrag auf der Drucksache 14/1870 wurde in der 95. Sitzung des Deutschen Bundestages am 23. März 2000 an den Verteidigungsausschuss zur federführenden Beratung und zur Mitberatung an den Rechtsausschuss, den Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend und den Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe überwiesen.

II. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Rechtsausschuss** hat die Vorlage in seiner 84. Sitzung am 30. Mai 2001 beraten und mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Fraktionen der F.D.P. und PDS bei Enthaltung der Fraktion der CDU/CSU die Ablehnung empfohlen.

Der **Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend** hat die Vorlage in seiner 66. Sitzung am 30. Mai 2001 beraten und mit den Stimmen der Fraktion der SPD gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P., bei Stimmenthaltung der Fraktion der PDS und Abwesenheit der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung empfohlen.

Der **Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe** hat die Vorlage in seiner 43. Sitzung am 5. Juli 2000 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen diejenigen der Fraktionen der F.D.P. und PDS bei Enthaltung der Fraktion der CDU/CSU die Ablehnung empfohlen.

III. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der federführende **Verteidigungsausschuss** hat den Antrag auf der Drucksache 14/1870 in seiner 73. Sitzung am 30. Mai 2001 beraten und hat ihn mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, F.D.P. und PDS abgelehnt.

Die Fraktion der SPD ist der Auffassung, dass dieser dadurch, dass die Bundesregierung inzwischen auf den Antrag reagiert habe, überholt sei und nicht beraten werden müsse. Es wird angeregt, eventuell den Antrag dahin gehend neu zu formulieren, dass die Bundesregierung inzwischen Entsprechendes veranlasst habe. Diesen Antrag in der jetzigen Fassung könne man nicht mittragen. Da aber seitens der Antrag stellenden Fraktion der F.D.P. auf der Abstimmung dieses Antrages bestanden wird, wird seitens der Fraktion der SPD ein eigener Antrag der Koalition angekündigt. Mit Hinweis darauf werde man den vorliegenden Antrag ablehnen.

Aus Sicht der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wird auch angeregt, heute die Beschlussfassung auszusetzen und ggf. einen neuen Antrag gemeinsam zu formulieren.

Die Fraktion der CDU/CSU begrüßt, dass die Bundesregierung entsprechende Erlasse geschaffen habe, jedwede Art von Diskriminierung in der Bundeswehr zu verhindern. Man müsse allerdings überprüfen, ob es dennoch Probleme in diesem Zusammenhang gebe. Man plädiert für eine gemeinsame Zustimmung zu diesem Antrag.

Die Fraktion der F.D.P. erkennt zwar an, dass dem Antrag inhaltlich durch das Regierungshandeln entsprochen worden sei, dass aber trotz geänderter Vorschriften die Praxis an der Basis oft anders aussehe als die Rechtslage.

Aus Sicht der Fraktion der PDS sollte jegliche Diskriminierung in der Bundeswehr ausgeschlossen werden. Insoweit würde man dem Antrag auch zustimmen.

Berlin, den 1. Juni 2000

Peter Zumkley	**Werner Siemann**
Berichterstatter	Berichterstatter



Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 13 20, 53003 Bonn, Telefon (02 28) 3 82 08 40, Telefax (02 28) 3 82 08 44
ISSN 0722-8333